



Jahres-Pressekonferenz 2016

Festung Europa

Es gilt das gesprochene Wort.

Florian Westphal

Geschäftsführer ÄRZTE OHNE GRENZEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

die wiederholten Angriffe auf Krankenhäuser sind leider nur ein Beispiel für die Missachtung humanitärer Grundsätze in jüngster Zeit. Volker Westerbarkey hat beschrieben, wie dadurch lebensrettende Hilfe die Notleidenden nicht mehr erreicht.

Doch auch der umgekehrte Grundsatz ist in akuter Gefahr: Jeder Mensch muss das Recht haben, vor Gewalt aus Konfliktgebieten zu fliehen und außerhalb seines Heimatlandes Schutz zu suchen. Leider sind es gerade die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten – inzwischen auch Deutschland in führender Rolle –, die dieses Grundrecht torpedieren.

Viele der Menschen auf der Flucht, um die sich unsere Teams täglich kümmern, fühlen sich im Stich gelassen. Die EU hat Europa in den vergangenen Monaten zur Festung ausgebaut, mit verheerenden Folgen in mehrfacher Hinsicht.

- **Abschottung verhindert, dass Menschen vor Gewalt fliehen können**

Erstens verhindern die Grenzschließungen und das Abschiebe-Abkommen der EU mit der Türkei für viele Menschen ganz konkret, dass sie Sicherheit und grundlegende Hilfe in Europa finden können.

Nur wenige Stunden nach der Einigung auf den EU-Türkei-Deal haben unsere Teams im EU-Hotspot Moria auf Lesbos seine Folgen für die Bewohner unmittelbar miterlebt. Seit dem 20. März werden alle Schutzsuchenden, fast ausnahmslos Kriegsflüchtlinge, in den überbelegten Einrichtungen wie in Gefängnissen inhaftiert. Erklärtes Ziel war ursprünglich, sie alle abzuschicken. Unser Team, darunter eine deutsche Krankenschwester, hat mit Schrecken ansehen müssen, wie Schwangere, Kinder und unbegleitete Minderjährige, die gerade die Überfahrt über das Meer überstanden hatten, wie Strafgefangene behandelt wurden. Wir haben die Arbeit in Moria unter Protest beendet und fordern die sofortige Öffnung aller Hotspots.

Das EU-Türkei-Abkommen sieht zwar eine begrenzte Umsiedlung von Flüchtlingen aus der Türkei in die EU vor. Aber die wenigen Plätze sind nur auf Syrer beschränkt. Und für jeden, der kommen darf, muss nach der Logik des Abkommens zuvor ein anderer sein Leben auf dem Mittelmeer riskiert haben – für jeden Abgeschobenen kann ein anderer Syrer einreisen. Dieser Verschiebe-Deal mit Flüchtlingen ist zynisch. Die EU versucht sich damit aus ihrer Verantwortung freizukaufen.

Es ist unverantwortlich, dass ein reicher Kontinent mit 500 Millionen Einwohnern ausgerechnet Menschen in die Türkei abschiebt, das Land, das schon jetzt die meisten Geflüchteten weltweit aufgenommen hat. Die EU provoziert damit, dass die Türkei ihrerseits ihre Grenzen schließt, und trägt dazu bei, dass Menschen selbst aus akuten Gefahrensituationen nicht mehr fliehen können.

Das sehen wir aktuell in Asas in Syrien. Dort sind im Februar nach verheerenden Kämpfen im Norden Aleppo 100.000 Vertriebene vor der Mauer der türkischen Grenze gestrandet. Anfang Juni, als Kämpfer des „Islamischen Staates“ vorrückten, wäre es für sie fast zur Katastrophe gekommen. Dennoch hielt die Türkei die Grenze für beinahe alle Menschen geschlossen.

Jahja Dscharad, leitender Pfleger unserer Klinik nahe Asas, wurde im Februar mit seiner Familie selbst vertrieben und lebt seitdem mit seinen Angehörigen in Zelten im Gebiet Asas. Er berichtete: „Die Camps nahe der Front mussten aufgegeben werden, die Menschen flohen erneut. Jetzt leben sie ohne irgendwelche Unterstützung unter Olivenbäumen. Es ist hart, aber wir versuchen irgendwie zurechtzukommen.“

Und selbst wenn es gelingt, die akute Gefahrenzone zu verlassen: De facto gibt es für Flüchtende heute keine Möglichkeit mehr, legal in die EU einzureisen.

Eine Folge der EU-Politik gegenüber Flüchtenden ist das Massensterben im Mittelmeer, trotz Militär- und Frontex-Einsätzen und trotz mehrerer privater Rettungsschiffe wie der drei, auf denen sich Ärzte ohne Grenzen engagiert. Seit Ende April haben wir mehr als 3.500 Menschen aus Seenot gerettet. Viele von ihnen berichten von grausamer Gewalt in ihren Herkunftsländern oder von Folter, Vergewaltigung und Ausbeutung in Libyen. „Es ist besser, einmal dein Leben auf See zu riskieren, als in Libyen jeden Tag“, sagte ein Nigerianer, der mit seiner schwangeren Frau und seinem Sohn gerettet worden war.

Fast 3.000 Menschen haben dieses Jahr ihr Leben im Mittelmeer verloren, das ist fast ein Ertrunkener alle 80 Minuten. Und diese erschreckende Zahl umfasst nur die bekannt gewordenen Unglücke. Vor zwei Jahren standen die wichtigsten EU-Politiker betroffen vor den Särgen auf Lampedusa. Heute sterben noch mehr Menschen, doch das löst kaum noch Entsetzen aus. Deutschland und die EU müssen dringend legale Fluchtwege schaffen und die Seenotrettung im Mittelmeer verstärken. Auch wenn Politiker es immer wieder behaupten: Es ist nicht wahr, dass die Rettung von Menschenleben in Europa derzeit Priorität hat.

- **Inakzeptable Aufnahmebedingungen in Europa**

Unser zweiter Kritikpunkt an den EU-Staaten: Der reichste Kontinent der Welt hat es nicht geschafft, würdige Aufnahmebedingungen in Griechenland und Italien zu schaffen. Meistens, zuletzt vor allem an der geschlossenen griechisch-mazedonischen Grenze in Idomeni, haben es die Staaten nicht einmal versucht.

Ärzte ohne Grenzen musste in den vergangenen zwölf Monaten mitten in Europa in einem Ausmaß Nothilfe leisten, wie wir es uns nie hätten vorstellen können: in Italien, Frankreich, auf der Balkanroute und vor allem in Griechenland. In Idomeni haben unsere Teams mehr als 30.000 Mahlzeiten ausgegeben und 50.000 Euro für Nothilfe eingesetzt – jeden Tag. Die EU-Staaten haben zugesehen, einige haben sogar ihre Grenzen aktiv verriegelt.

Nach der Räumung des Lagers in Idomeni im Mai sind die knapp 57.000 Schutzsuchenden in Griechenland aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden, dabei ist ihre Situation oft kaum besser als zuvor. In Athen leben beispielsweise fast 4.000 Menschen in Zelten auf dem alten Flughafen Ellinikon und in zwei für die Olympischen Spiele erbauten Stadien. Unsere Teams helfen dort vor allem Frauen mit zwei mobilen Kliniken. Es gibt zu wenige Toiletten und Duschen, die Hygienebedingungen sind völlig ungenügend und es wird nichts daran geändert, weil das Lager aufgelöst werden soll. Aber wann das passiert, weiß keiner. Überhaupt bekommen die Menschen keine Informationen, viele verlieren die Hoffnung. Unsere Landeskoordinatorin hat mir gestern am Telefon gesagt, dass sie derzeit das größte Problem in den auseinandergerissenen Familien sieht. Viele haben Partner, Eltern oder Kinder in europäischen Ländern, vor allem in Deutschland. Aber es ist völlig unklar, ob und wann sie sie wiedersehen können. Wir appellieren dringend an die Bundesregierung, schnell die Familienzusammenführung zu ermöglichen.

- **Hilfe als Verhandlungsmasse für die Abschottungspolitik**

Drittens ist der EU-Türkei-Deal ein gefährlicher Präzedenzfall: Die EU verspricht der Türkei drei Milliarden Euro zur Versorgung von Flüchtlingen – unter der Bedingung, dass sie die Abriegelung der EU-Außengrenze unterstützt. Die EU-Kommission plant sogar ähnliche Abkommen mit zahlreichen afrikanischen Ländern. Hilfe soll davon abhängig gemacht werden, ob Staaten Flüchtlinge und Migranten schon weit vor Europas Grenzen aufhalten.

Dieser Missbrauch humanitärer Hilfe als Zuckerbrot für die Kooperation bei der Abschottungspolitik verstößt gegen fundamentale Grundsätze, wie sie etwa im „Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe“ der EU oder im schwarz-roten Koalitionsvertrag auf Seite 180 festgelegt sind. In den „12 Grundregeln der Humanitären Hilfe“ des Auswärtigen Amtes heißt es in Punkt 3: „Einziges Kriterium bei der Abwägung von Prioritäten der Hilfeleistungen ist die Not der Menschen.“ Das gilt offensichtlich nicht mehr.

Bundesregierung und EU-Kommission betreiben politischen Missbrauch der Hilfe auf Kosten der Menschen in Not und im Widerspruch zu den eigenen Prinzipien.

Ärzte ohne Grenzen wird Gelder, die an politisches Wohlverhalten geknüpft sind, nicht annehmen. Wir finanzieren unsere Hilfe für Flüchtlinge in Europa ausschließlich aus Privatspenden.

Wegen der gravierenden Missachtung humanitärer Grundsätze durch die EU und ihre Mitgliedstaaten diskutieren wir derzeit, ob wir überhaupt noch Gelder von ihnen annehmen sollen. Bis auf weiteres gehen wir mit der EU und den 28 Mitgliedstaaten keine neuen Finanzierungsverträge mehr ein.

- **Deutschland ist zum Vorreiter der Abschottung geworden**

Ich möchte am Ende eines betonen: Deutschland hat mit der Aufnahme von einer Million Schutzsuchenden im vergangenen Jahr einen großen Beitrag geleistet, Flüchtenden Schutz zu gewähren. Regierung, Behörden und Zivilgesellschaft haben mit der Unterbringung und Versorgung dieser Menschen sehr geholfen, eine noch viel schlimmere humanitäre Krise zu verhindern.

Allerdings hat sich die Rolle Deutschlands in den vergangenen Monaten gewandelt: Mit dem von ihr maßgeblich ausgehandelten EU-Türkei-Abkommen ist Bundeskanzlerin Merkel zur Vorreiterin der verheerenden Aussperrung von Schutzsuchenden aus Europa geworden. Die Folgen sehen unsere Teams jeden Tag – in Europa, an seinen Außengrenzen und bis in die Kriegsgebiete hinein.

Eine vierfache Mutter aus Syrien schrieb an unser Büro in Athen: „Die europäischen Länder haben ihr Mitgefühl und ihre Bereitschaft ausgedrückt, Syrer als Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Aber wir dürfen kein Flugzeug besteigen, um zu ihnen zu kommen, wir dürfen nicht mit dem Schiff nach Europa fahren, auch nicht über Land.“

Es gibt keinen legalen Weg. Also was nun? Die Botschaft ist kristallklar: Wir müssen praktisch durch die Hölle gehen und den Tod riskieren, um nach Europa zu kommen. Die Frage ist, ob wir es schaffen oder auf dem Meeresgrund begraben werden. Alles hängt nur vom Glück ab.“